Universiteit Leiden
The Netherlands

A European Ministry of Finance? Charting and testing the national constitutional limits to EU fiscal integration

Behre, F.

Citation

Behre, F. (2021, October 21). *A European Ministry of Finance?: Charting and testing the national constitutional limits to EU fiscal integration*. *Meijers-reeks*. Retrieved from https://hdl.handle.net/1887/3220830

Version:	Publisher's Version
License:	Licence agreement concerning inclusion of doctoral thesis in the Institutional Repository of the University of Leiden
Downloaded from:	https://hdl.handle.net/1887/3220830

Note: To cite this publication please use the final published version (if applicable).

Zusammenfassung (German summary)

EIN EUROPÄISCHES FINANZMINISTERIUM?

Die Kartierung und Prüfung der nationalen verfassungsrechtlichen Grenzen für EU-Fiskalintegration

Die Eurokrise hat die strukturellen Mängel der europäischen Gemeinschaftswährung offengelegt. Diese werden derzeit wieder durch die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie ins Scheinwerferlicht gerückt. Es ist mittlerweile weithin anerkannt, dass eine Form von EU-Fiskalintegration erforderlich ist, um diese weiterhin bestehenden Schwachstellen adäquat zu beheben und einen stabilen Euro zu schaffen. Jedoch wird die Umsetzbarkeit der erforderlichen Integrationsschritte durch nationales Verfassungsrecht in Frage gestellt, insbesondere aufgrund der hohen Bedeutung von Steuer- und Haushaltsbefugnissen für nationale Souveränität, Demokratie und die parlamentarischen Entscheidungsspielräume. Daraus ergibt sich ein grundsätzliches Dilemma: Eine effektive fiskalische Integration der EU scheint einerseits notwendig, um den Euro zu stabilisieren, aber andererseits rechtlich unmöglich aufgrund der bestehenden verfassungsrechtlichen Hürden.

Mit Blick auf dieses Dilemma, untersucht die vorliegende Promotionsarbeit den bestehenden nationalen verfassungsrechtlichen Spielraum für EU-Fiskalintegration. In Teil I der Arbeit wird eine rechtsvergleichende Analyse ausgewählter nationaler verfassungsrechtlicher Beschränkungen für EU-Fiskalintegration vorgenommen, um festzustellen, wie ähnlich – oder unterschiedlich – die nationalen Verfassungssysteme der Mitgliedsstaaten mit demselben EU-Integrationsziel umgehen. Der gewählte rechtsvergleichende Rahmen erlaubt es, die nationalen Hindernisse, mit denen EU-Fiskalintegrationsvorhaben konfrontiert sind, zu bestimmen und zu kategorisieren sowie nationale verfassungsrechtliche '*Best Practices*' zu identifizieren, die angewandt werden können, um zusätzlichen verfassungsrechtlichen Spielraum zu schaffen. In Teil II werden sodann die einflussreichsten Reformvorschläge anhand des bestimmten nationalen verfassungsrechtlichen Spielraums analysiert, um die nationale verfassungsrechtliche Umsetzbarkeit dieser Vorschläge auszuwerten.

Die Arbeit zeigt auf, dass verfassungsrechtlicher Spielraum für EU-Fiskalintegration in den Mitgliedsstaaten gefunden werden kann und dass selbst starre, rigide nationale Verfassungsgrenzen eine zumindest eingeschränkte Form von EU-Fiskalintegration zulassen. Um das Dilemma zwischen EU-Fiskal-

integration und nationalem Verfassungsrecht weiter zu entkräften, formuliert die Arbeit zwei transformative Ansätze. Erstens schlägt die Arbeit vor, die expliziten und impliziten Vorteile, die sich aus EU-Fiskalintegrationsschritten ergeben, umfassend in die nationale verfassungsrechtliche Bewertung einzubeziehen und damit die vorherrschende staats- oder kompetenzzentrierte Interpretation von nationaler Souveränität und Demokratie abzulösen. Zweitens schlägt die Forschungsarbeit vor, das *Design* der EU-Fiskalintegrationsschritte zu verändern, um konstruktiv auf die nationalen verfassungsrechtlichen Bedenken einzugehen und somit die erforderlichen EU-Integrationsschritte im Tandem mit der nationalen verfassungsrechtlichen Debatte zu entwickeln. Letztlich könnten diese beiden transformativen Ansätze die Umsetzung der scheinbar erforderlichen EU-Fiskalintegration rechtlich ermöglichen und damit sowohl die Stabilisierung des Euros sicherstellen als auch die betroffenen nationalen verfassungsrechtlichen Prinzipien und Werte effektiv schützen.